



Pressemitteilung

Ansbach, 23. Oktober 2018

Rückgewinnung eines Bruchteils der verlorenen 600.000 Fahrgäste verbessert Ergebnis

OLA: „Kein Weiter-so in der Ansbacher Verkehrspolitik“

Tarifstufe E ökologisches und soziales Gebot der Stunde

Verzeichnete der Ansbacher ÖPNV 2011 noch 2.147.000 Fahrgäste, waren es 2017 nur noch 1.551.000. Dieser Rückgang um 596.000 Fahrten oder um 28 Prozent dürfte wohl bundesweiter Negativrekord sein. Grund sind die massiven Preiserhöhungen seit 2012. Der Bus besäße einen Preisnachteil gegenüber dem Privat-PKW konstatiert sinngemäß die ABuV im jüngsten Geschäftsbericht.

„Angesichts der Zahlen darf es kein weiter-so in der Ansbacher Verkehrspolitik geben. Wir setzen uns für ein besseres Preis-Leistungsverhältnis durch eine Tarifsenkung auf Stufe E ein“, erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA). Im Arbeitskreis Nahverkehrsplan am 11.10.2018 hatte OLA-Fraktionsvorsitzender Boris-André Meyer die Vertreter des VGN zu etwaigen Ausgleichszahlungen befragt. Die Antwort war klar: Keine Ausgleichszahlungen an den Verkehrs**verbund** (VGN).

Dass durch Stufe E erhebliche Mindereinnahmen bei der ABuV von der Stadt ausgeglichen werden müssten, erwartet die OLA nicht. Vielmehr berge ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis das Potential zur Rückgewinnung von Fahrgästen. Die Fahrgeldeinnahmen beliefen sich 2017 auf 1,18 Millionen Euro. Durch Tarifstufe E sinken die Preise je nach Ticketart um 15 bis 18 Prozent. Falls die Fahrgastzahl auf historischem Tief bliebe, was nicht realistisch erscheint, bedeutet dies Mindereinnahmen zwischen 177.000 und 212.000 Euro. Wenn infolge von Tarifstufe E lediglich die allein 2017 verlorenen 101.000 Fahrgäste ein Einzelfahrschein kaufen, bedeutet dies eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 161.600 Euro. Die noch fehlende Deckung könne durch die Einsparung von 30.000 Euro für das „Mobilitätsticket“ erzielt werden. Die Busnutzer müssen derzeit in bürokratischen Antragsverfahren einen 10-Euro-Bonus für Monatskarten beantragen. Verzichtbarer Verwaltungsaufwand könne entfallen.

„Bei der Verkehrspolitik geht es nicht nur um Wirtschaftlichkeit, sondern auch um ökologische und soziale Ziele“, so die OLA. „Wir wollen weniger Staus und Abgase in der Kernstadt. Der ÖPNV hat gerade in der Flächenstadt Ansbach zudem eine Verbindungsfunktion. Die finanzielle Entlastung von Busnutzern aus den Außenorten und Menschen, die zwingend auf den Bus angewiesen sind, wie etwa Senioren mit schmalen Geldbeutel, ist eine Investition in eine soziale Stadt.“

Derzeit überweist die Stadt der ABuV jährlich 970.000 Euro als Verlustausgleich. Wären die Stadtwerke nicht teilprivatisiert, sondern komplett in Bürgerhand, würde dieser Ausgleich entfallen. Die Stadtwerkegewinne könnten nämlich den Verlust komplett kompensieren, flößen nicht 40 Prozent an die Thüga AG ab, erinnert die OLA-Fraktion.

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de